

Bezugspreis:

3 wöchentlich, 30.-RM., monatlich 10.-RM., ...

Anzeigenpreis:

Die nachgehaltene Anzeigenpreisliste ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 5. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ich wähle sozialdemokratisch!

Morgen wird der neue Reichstag gewählt. In der Nationalversammlung sahen:

Table with 2 columns: Party name and number of votes. Includes Sozialdemokraten (163), Zentrum (91), etc.

Die Mehrheit betrug 221, die beiden Rechtsparteien hatten aber nur 63, die beiden Mittelparteien, Zentrum und Demokraten, nur 166, die beiden sozialistischen Parteien nur 135 Abgeordnete.

Eine Koalition mußte geschaffen werden, wenn nicht alles wieder auseinanderfiel. Sie wurde gebildet zwischen Sozialdemokratie, Zentrum und Deutschen Demokraten.

In dieser Koalition hatte die Sozialdemokratische Partei die Führung, wenn auch nicht allein ausschlaggebenden Einfluß. Ihr Programm war: Festigung der republikanisch-demokratischen Staatsordnung, Kampf gegen die Ausbeutung des Volkes durch die Mächte des Geldsacks, planmäßiger Fortschritt von der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie zu einer sozialistischen, dem Wohl des Ganzen dienenden Wirtschaftsordnung.

In der auswärtigen Politik verfolgte die Sozialdemokratische Partei das Ziel, die Achtung der Welt vor dem deutschen Volk als einem mit friedlichen Mitteln emporsicheres Kulturvolk wiederherzustellen und eine Revision des Friedens von Versailles zu erreichen.

Welche Lage fand die Sozialdemokratische Partei vor, als sie in die Regierung eintrat?

Deutschland war unter Führung eines wahnsinnigen Kaisers in einen Krieg hineingerannt, in dem es unterliegen mußte, weil es gegen zehnjährige Uebermacht stand. Letzte Gelegenheiten, einen erträglichen Frieden zu schließen, waren trotz allen Drängens der Sozialdemokratie veräußert worden. Die Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler hatten nach Eroberungen geschrien, zu den grausamsten Methoden der Kriegsführung gehegt und so den feindlichen Gewaltpotenzen jede erwünschte Handhabe geboten, Deutschland einen Frieden nach ihrem Herzen aufzuerlegen.

Das Land war durch vierjährigen verlorenen Krieg grenzenlos verarmt. Millionen, vom Heer entlassen, suchten neue Beschäftigung. Die furchtbare Not schuf auf politischem Boden Schwarmgeister, auf sozialem Verbrechertum. Die demokratische Republik wurde von zwei Seiten gewaltsam beraubt, von denen die eine die Monarchie wieder herstellte, die andere eine Sowjetrepublik nach russischem Muster aufzurichten wollte.

Dann kamen die Schwierigkeiten, die sich aus der Notwendigkeit ergaben, die Regierung mit zwei bürgerlichen Parteien gemeinsam zu führen, die alles andere als sozialdemokratische Grundsätze vertraten.

Trotz dieser ungeheuren Hindernisse ist es der Sozialdemokratischen Partei gelungen, die Grundlagen einer neuen Ordnung zu schaffen. Jetzt verlangt sie bei den Wahlen von den Massen des schaffenden Volkes den Auftrag, die begonnene Arbeit weiterzuführen.

Am Volke ist es, zu entscheiden, ob die Sozialdemokratische Partei im neuen Reichstag mehr Macht oder weniger Macht haben soll.

Die bürgerlichen Parteien stärken heißt, das Großkapital stärken!

Auf diesem Gebiet unterscheidet sich die bürgerliche Mitte von der bürgerlichen Rechten nicht nach dem Wesen, sondern nur nach dem Grade.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei suchen im Zentrum und bei den Demokraten willfährige Diener ihrer großagrarischen und großkapitalistischen Politik. Durch sie hoffen sie, auch ohne selber Wehrheit zu werden, maßgebenden Einfluß im neuen Reichstag zu gewinnen. Dagegen hilft nur geschlossenes Eintreten für die Sozialdemokratische Partei!

Alle bürgerlichen Parteien stehen bewußt auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Sie sind von den Geldmächten abhängig und bekämpfen das Große, Neue, das sich in unserer Wirtschaft entwickelt: die vernünftig-planmäßige Ordnung des Ganzen, den Gemeinschaftsgeist, der alle zum Ziel gemeinsamer Wohlfahrt hinlenkt und keinem Reichen, Mächtigen mehr die Taschen füllt.

Die Unabhängigen und die Kommunisten stärken, heißt die politische Gleichberechtigung gefährden und den Sozialismus kompromittieren.

Wie stimmst Du?

Wer für die Deutschnationalen Volkspartei stimmt, der stimmt für Großgrundbesitzer und Revanchekrieg.

Wer für die Deutsche Volkspartei stimmt, der stimmt für Schwerindustrielle und Scharfmachertum.

Wer für Zentrum oder Deutsche Demokraten stimmt, der weiß nicht, wofür er stimmt, für Fortschritt oder Reaktion.

Wer für Unabhängige oder Kommunisten stimmt, der stimmt für leeres Gerede und bloßen Klamauk.

Wer für die Sozialdemokratie stimmt, der stimmt für Schutz der Republik für Ausbau der Errungenschaften der Revolution für Volksherrschaft für Sozialismus!

Das bedenkt am 6. Juni! Gebt nur diesen Stimmzettel ab:

Stadtkreis Berlin:

- Hugo Heilmann, Berlin. Klara Böhm-Schuch, Berlin-Gr. Richard Fischer, Berlin. Robert Schmidt, Köpenick. Adolf Ritter, Berlin. Friedrich Schlegel, Berlin. Martha Hoppe, Berlin. Alfred Striemer, Berlin. Adolf Busch, Lichtenberg. Max Gronsfeld, Lichtenberg. Heinrich Bahke, Berlin. Ernst Ruben, Berlin. Lisbeth Riedger, Berlin. Arthur Albinus, Berlin. Max Schierbeder, Berlin.

Zeltow-Beeskow-Charlottenburg:

- Eduard Bernstein, Schöneberg. Eilfriede Ryne, Baumgartenweg. Franz Krüger, Köpenick. Karl Vermuth, Neudöln. Ernst Dalibor, Zeltow. Johannes Haj, Zeltow. Dr. Max Bendiner, Schöneberg. Gertrud Scholz, Neudöln. Adele Schreiber, Charlottenburg. Emil Boldt, Weihensee. Robert Kobl, Wilmersdorf. Franz Czerninski, Schöneberg.

Niederbarnim:

- Rudolf Wisseil, Berlin-Treptow. Marie Juchacz, Berlin. Otto Sidow, Brandenburg a. S. Hermann Müller, Berlin-Lichtenberg. Adolf Busch, Berlin-Lichtenberg. Alex Sailer, Ludenwalde. Anna Simon, Brandenburg a. S. Heinrich Witt, Brandenburg a. S. Ernst Meher, Neuruppin. Hans Dede, Zehdenitz. Hermann Filleman, Volkdam. Friedrich Kersten, Grenzau.

Wählt sozialdemokratisch!

Die Kommunisten wollen das gleiche Wahlrecht wieder abschaffen und mit Gewalt Wirtschaftsreformen durchführen, zu denen das Volk seine Zustimmung nicht gegeben hat. Sie sind des Glaubens, daß die Menschheit noch tiefer in das Elend hineingestochen werden müsse, damit sie einmal glücklich werden könne, ihr Ideal ist Rußland, wo das Volk noch viel mehr hungernd als hier und dabei ohne alle Rechte ist.

Wir aber meinen, daß es genug des Elends ist und daß es wieder aufwärts gehen soll.

Unschlüssig, schwankend, unbestimmt stehen die Unabhängigen zwischen uns und den Kommunisten. Eine Reihe ihrer früheren Führer ist daher schon wieder zur alten Sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt, der greife Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, Eduard Bernstein, einst einer der ihrigen, steht jetzt an der Spitze unserer Kandidaten in Zeltow-Beeskow.

Was kann durch die Vermehrung der unabhängigen Mandate erreicht werden? Man blicke auf die Zahlen!

Die Unabhängigen werden auf jeden Fall im Reichstag eine einflußlose Minderheit bleiben. Macht und Stärke der sozialistischen Bewegung drückt sich in der Zahl aus, die die alte Sozialdemokratische Partei erreicht. Nicht im Streit der Richtungen, sondern im Kampf der Sozialdemokratie gegen Reaktion und Kapitalmacht fällt die Entscheidung über unsere Zukunft.

Die Sozialdemokratische Partei macht sich keinerlei Unschlüssigkeit an, sie läßt Selbstkritik und ist bereit, aus ihren Fehlern zu lernen. Aber mehr denn je ist sie von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es für den Aufstieg des schaffenden Volkes keinen anderen Weg gibt als den, den ihre Grundsätze ihr weisen.

Jedem Mann, jeder Frau gleiches Recht im Staate! Das Volk gibt sich selbst die Gesetze, denen jeder-mann zu gehorchen verpflichtet ist!

Kein Beharren auf alten Wirtschaftsformen! Kein Herren- und Knechtum in Fabrik, Kontor und Bureau! Aber auch

keine überstürzten, gewalttätigen Experimente, sondern planmäßiger, methodischer, vom Volke gewollter und gebilligter Fortschritt zu neuen, glücklicheren Gesellschaftsformen!

Auch wir von der alten Sozialdemokratischen Partei sind erfüllt von der Ueberzeugung, daß der Sozialismus die Wirtschaftsform der Zukunft ist, die aus den Kämpfen der Gegenwart geboren wird. Aber wir wissen aus Erfahrung, daß die verwickeltesten Fragen der Wirtschaftspolitik nicht mit einem Schläge und nicht mit gewalttätigen Mitteln gelöst werden können, ohne daß die Masse des arbeitenden Volkes selbst darunter den schwersten Schaden erleidet. Wir wollen darum keinen Weg gehen, der erst tiefer hinunter und dann vielleicht wieder aufwärts geht, sondern wir wollen praktischen Sozialismus treiben, der die Macht des arbeitenden Volkes ständig erweitert, ihm sofort alle erreichbaren Verbesserungen seiner Lebenslage schafft und es so zu den Gipfeln politischer und sozialer Freiheit emporführt.

Darum sind wir auch bereit, unsere Arbeit jederzeit dem Urteil des Ganzen zu unterbreiten, wir machen uns nicht an, dem Volke von oben herab zu dekretieren, was ihm nützt und frommt. Wir wissen, daß wir nichts sind ohne das Volk, aber wir glauben, daß das Volk alles werden kann durch uns! Kein Völkerring! Kein Bürgerkrieg! Aber Kampf mit den Waffen des Geistes und des gleichen politischen Rechts gegen die Mächte des Beharrens und des Besitzes, der Unterdrückung und Ausbeutung für ein freies Menschentum!

Das ist's, wofür sich die Männer und Frauen einsetzen wollen, deren Namen auf den Listen der alten Sozialdemokratischen Partei verzeichnet sind. Ihnen dabei zu helfen, ist eure Aufgabe, Wählerinnen und Wähler des schaffenden Volkes.

Darum, wer diese Zeilen gelesen hat und mit ihnen einverstanden ist, der gebe das Blatt an seine Nachbarinnen, Nachbarn, Kameradinnen, Kameraden weiter und sage ihnen

Ich wähle sozialdemokratisch. Tut Ihr desgleichen!

Was wir Frauen wollen!

Von Clara Zetkin-Schuch.

Wir wollen den Frieden!

Weil der Krieg die Quelle des Unglücks der Menschheit ist, weil er Leben und Glück von Millionen vernichtet, weil er den Nord sanktioniert und dadurch alle Sittlichkeit untergräbt, weil er alle Kulturgüter zerstört und die Menschheit in den Zustand der Barbarei zurückfallen läßt, weil er sinnlosen Haß an die Stelle versöhnender Liebe setzt.

Die „Nationalen“ sind Schuldige am letzten großen Weltkriege. Sie wollen durch Aufschaukelung blinder Leidenschaft in neue Kriege führen. Frauen, Mütter, Mädchen, zieht den klaren Trennungsfleck zwischen Euch und diesen Teufeln, indem ihr am 6. Juni sozialdemokratisch wählt.

Während Klingt die Stimmen der 2 Millionen Toten, die in fremder Erde ruhen, an unser Ohr: „Wahret die Menschheit vor neuen Kriegen, nützt Euer Wahlrecht, um für den Frieden zu stimmen.“

Wir wollen den Wiederaufbau; er ist nur durch eine friedliche Wirtschaftsentwicklung möglich.

Wir wollen, daß der Arbeitsverdienst wieder in Einklang mit den Kosten der Lebenshaltung kommt. Wir wollen, daß jedem arbeitenden Menschen ein Kultur-dasein möglich ist.

Das Brot würde aber nicht billiger, sondern teurer werden, wenn die Frauen „national“ oder Deutsche Volkspartei wählen würden. Wer ist es denn gewesen, der den freigegebenen Hafer zu Bucherpreisen verkauft und Brotgetreide versäffert hat? Wer ist es denn gewesen, der sich seiner Ablieferungs-pflicht an Lebensmittel entzogen hat? Es waren zumeist die konservativen Landwirte, die heute schreien, daß nur sie Deutschland retten könnten. Leider hatte die Regierung nicht die Nachmittel, um diese Leute zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen, deshalb mußte sie die teuren ausländischen Lebensmittel kaufen und Milliarden zugeben, um der arbeitenden Bevölkerung das Sattessen zu ermöglichen.

Hausfrauen! Laßt Euch nicht von Euren Sorgen hinreißen, deutschnational oder Deutsche Volkspartei zu wählen. Denkt an den Kohlenwinter 1916/17, den wir der Politik dieser Parteien zu verdanken hatten.

Auch die bürgerlichen Parteien, welche den freien Handel auf ihre Fahne geschrieben haben, können die Hausfrauen nicht wählen. Wenn wir soviel Waren hätten, daß jeder kaufen könnte, soviel er wollte, dann könnten wir den Versuch wagen, aber so lange wir knapp und arm, besonders an Lebensmitteln, sind, müssen sie eingeteilt werden, damit jeder etwas bekommt. Wir kommen nur aus dieser bedrückten Lage heraus, wenn wieder mehr Lebensmittel im Lande gewonnen und wenn der Staat den ganzen Ein- und Verkauf aller Rohstoffe und fertigen Waren organisiert. Neben die organisierte Wirtschaft müssen wir zur sozialistischen Wirtschaft kommen. Nur dieser systematische Aufbau kann uns vor dem Hunger retten und ihn verfolgt konsequent nur die Sozialdemokratische Partei.

Wir Mütter können im Interesse unserer Kinder auch nur sozialdemokratisch wählen. Vor jeder von uns steht der stolze Traum, daß unser Junge, unser Mädchen einmal die Welt gewinnen soll. Und der kann sich doch nur erfüllen, wenn der Gedanke der Einheitschule sich in der Gesetzgebung durchsetzt. In der Verfassung der deutschen Republik ist durch die vorwärtsdringende Mitarbeit der Sozialdemokraten der Grund für diese Entwicklung zur geistigen Freiheit geschaffen. In dem Grundgesetz, wonach vom 1. April 1920 ab alle Kinder des deutschen Volkes, ob arm, ob reich, vier Jahre lang eine gleiche Volksschule besuchen müssen, ist

Zum 6. Juni.

Gallo, du Arbeitsmann mit Weib und Kind, man will dich abermals betrügen. Die salauen Diebe rennen wie der Wind, sie spinnen Netze, weben Lügen; wenn sie in feind'nen Schuhen gehen, sollst lachend vor der Tür du stehen —

gedenke des am 6. Juni!

Als sie im Würfelspiel verpraßt dein Blut, da spieen sie nach dir und flehen verflüht ihrer Sünden hohe Flut in deine lable Hütte flehen —

gedenke des am 6. Juni!

Clara Z.

Höchstes Glück der Erdenkinder.

Von Minna Zodenbagen.

Es gibt Augenblicke im Leben, die ewigglückselig sind. Ein solcher Augenblick ist der Moment, in dem ihr am 6. Juni den Wahlzettel in die Urne steckt. Was ihr an diesem Tage dreifach wird sich an uns rächen auf lange Zeit hinaus. Der neue Reichstag soll eine Arbeit verrichten, die weit über den Zeitraum seines Bestehens hinauswirkt. Er soll, soweit das in vier Jahren möglich ist, unsere Gesetzgebung nach den Grundzügen der neuen Reichsverfassung gestalten.

Auf unsern Geschlechtern lastet der Sclaud der Jahrhunderte. Den Stoßfänger Schiller: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort.“ empfinden gerade wir Frauen am tiefsten. Die Verfassung, welche die Frau nach dem Sozialismus als Mutter und Mitstehende im Volke gesehen soll und die für uns die Grundlage für die Stellung der Frau in der Gesetzgebung ist, steht in krassem Widerspruch zu der Behandlung, die wir noch heute in der Gesetzgebung genießen. Vergleiche Eure familiäre Stellung in bürgerlichen Geschlechtern, Eure sozialrechtliche Stellung in der gesamten Verfassungsgesetzgebung und nicht zuletzt Eure Lage in sozialistischer Beziehung mit den Anforderungen, die ihr als Mensch stellen müßt und überdenkt, welche Partei Euren Freiheitsrechten gerecht wird.

Die Sozialdemokratische Partei hat 40 Jahre lang alle in gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft um die Anerkennung der Frau als gleichberechtigtes und gleichwertiges Glied des Staates gekämpft. Das ist kein Zufall. Ist sie doch die Partei der Entrechteten überhaupt, die Partei des Mannes in der Arbeits-

ber erste Schritt zur praktischen Durchführung getan und nun, ihr Mütter, sorgt dafür, daß am 6. Juni eine Mehrheit in den Reichstag einzieht, die Euch den Weiterbau der Einheitschule gewährt. Das ist nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Alle erwachslenen Frauen und jungen Mädchen aber müssen danach streben, daß die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen, wie sie in der Verfassung garantiert ist, sich mit Hilfe der Gesetzgebung durchsetzt. Darum müssen sie eine Partei wählen, die stets für die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten für Knaben und Mädchen und darauf aufbauend für die gleiche Bezahlung für gleiche Leistung eingetreten ist. Das ist die Sozialdemokratie. Den Achtstundentag — dem für Frauen ein noch längerer Arbeitstag oder die Halbtagsschicht folgen muß — hat der Arbeiter-schaft die sozialistische Revolutionsregierung gegeben. Alle Arbeiterinnenangelegenheiten, alle sozialpolitischen Errungenschaften sind das Werk der Sozialdemokratie.

Für das Recht der unehelichen Mutter und ihres Kindes haben wir gekämpft und wir werden nicht ruhen, bis hier die volle gesetzliche Gleichberechtigung mit den ehelichen Kindern erreicht ist. Jede bürgerliche Partei, wie sie auch heißt, ist ein Hemmnis auf diesem Wege. Die Jugend-schutzgesetzgebung und das Jugendfürsorgegesetz müssen aus- und umgestaltet werden. Das kann in freibürgerlichem und fortschrittlichem Geiste nur geschehen von Volksvertretern, die das volle soziale Verständnis für die erwachsende Jugend haben. Die die Bedingungen kennen, unter denen die Arbeiterjugend heranwächst. Die ihren heißen Drang nach Lebensfreude, nach Bildung und Wissen nicht empfinden. Darum werden die jungen Mädchen sozialdemokratische Frauen und Männer in den Reichstag wählen müssen, wenn ihrem Höhenflug der Weg freigegeben werden soll in der künftigen Gesetzgebung.

Ihr jungen Mädchen, Ihr Hausfrauen, Ihr Mütter, alle Ihr Mühseligen und Beladenen, laßt uns alle unser Gut Teil tun, daß wir wieder aufsteigen aus dem Nimmerland, daß es in Zukunft wieder sonniger werde im Leben des deutschen Volkes. Gebt Eure Stimme ab für die Sozialdemokratische Partei!

Protest gegen die Clausenlinie.

Hensburg, 5. Juni. In der gestrigen Sitzung der hiesigen Kollegien wurde auf Antrag des Stadtverord-netenvorsitzers, Justizrat Dr. Lorchmann, eine Entschließung einstimmig angenommen, in welcher die hiesigen Kollegien nach-mals scharfen Einspruch gegen die sogenannte Clausenlinie als neue Grenze erheben, da sie nicht dem nationalen Befehlsstande entspreche und dauernden Streit zwischen beiden Ländern veranlasse. Eine abschließende Revision des Friedensvertrages zur Festsetzung dieser Grenze werde unerlässlich sein, die Reichs-regierung solle die Forderung ablehnen, die über den Friedens-vertrag hinausgehe.

Polonisierung Oberschlesiens.

Leutner O. S., 4. Juni. Das Amtsblatt der alliierten Kom-mission in Opatow enthält eine Verordnung, wonach zum Schutze der Interessen der polnischen Bevölkerung den Land-räten polnische Beiräte beigegeben werden, die das Recht haben, sämtliche Akten einzusehen und gegen die Verordnun-gen der Landräte Protest zu erheben. Bei der Schulverwal-tung der Regierung in Opatow soll ein höherer polnischer Schulrat mit demselben Recht wie die Beiräte bei den Landräten arbeiten. Ebenso erhalten die Kreis-schulinspektoren der Lehrrer-seminare eigene Kontrollen.

Die Verhandlungen mit Kraffin.

London, 4. Juni. Reuters erfährt, daß die nächste Zusam-menkunft Kraffins mit den Mitgliedern des englischen Kabinetts am 7. Juni stattfinden wird. Hieron wird sich voraus-

sehen. Er empfand den Druck der Lohnlawerei quers, mußte ihn, ob er wollte oder nicht, übertragen auf die Familie und selbst darunter leiden. Jede Überbelastung der Frau durch Verbin-dung der Hausfrauen- und Erwerbspflichten kargte auch ihm die vielen kleinen Glücke gemeinsamer Freude am Werden und Ge-deihen der Kinder, die das große Glück einer Familie ausmachen. Es ging unter im Schaffen für das Glück der andern. Jene andern aber gingen gedanklos darüber hinweg. Der Mann in der Ar-beitsblut dachte nach. Er erkannte seine Lage und die der mit ihm schaffenden Frau als die Folge einer falschen Gesellschafts-or-dnung. Mann und Frau stehen unter demselben Druck, unter dem Druck des Kapitalismus.

Er erkannte aber auch, daß der Kampf gegen den Kapitalismus getragen werden muß von allen, die unter ihm leiden. Unter der alten Gesetzgebung war aber die Kraft der Frau geschwächt. Sie hatte keine Möglichkeit, bei der Gesetzgebung mitzuwirken. Ein-sichtlose Schichten weichen sich bis in die jüngste Zeit hinein gegen die Befreiung der Frau. Darunter befand sich sogar die kleine Schicht einsichtloser Arbeiterinnen, wie die deutschnationalen Handlungsgeschäftler. Ihr Vorgehen gegen die Frauenrechte ist typisch für die Behandlung der Frauenfrage durch die „nationalen“ Parteien überhaupt.

Wird sie durch alle Frauen Eures Lebens, im öffentlichen, im Arbeits-, im persönlichen, im Familienrecht. Ihr findet immer nur den Begriff der Unterordnung bis hart an die Grenze soch-tiger Einbürgerung Eures Lebens, Objekte einer kapitalistischen Beanspruchung. Es ist kein Zufall, daß die nationalen Parteien diese Gesellschaftsordnung für gut und richtig befanden und für ihre volle Wiederherstellung im Wahlkampf kämpften. Hinter dem Nationalismus verbirgt sich der Kapitalismus. Heute hängt er sich ein volksfreundliches Mäntelchen um in der Wüste, sich durch das Volk am 6. Juni in die alte Nacht wieder einschieben zu lassen, um es danach aufs neue freizugeben zu können.

Frauen und Mädchen, damit wäre es vorbei mit Euren Rechten. Die Sozialdemokratie hat Euch den Weg frei gemacht zur Entfaltung der Persönlichkeit, die Goethe als das höchste Glück auf Erden preist. In gemeinsamer Arbeit sollen Mann und Frau die verhältnismäßig besten Fortschritte von Generation zu Generation bis zur reinsten Harmonie der Menschen untereinander. Das ist unser Ziel.

Frauen und Mädchen, einen Schritt zu diesem Ziel geht Ihr, wenn Ihr am 6. Juni Eure Stimme der Sozialdemo-kratistischen Partei Deutschlands gebt!

Kunst und Mensch. In einer dem Stuttgarter Verein zur Ab-berung der Volksschule herausgegebenen Denkschrift „Die Schwäbische Volksschule“ — sie gibt eine Reihe Betrach-tungen allgemeineren Wertes, die an das erste Spieljahr anknüpfen, und enthält auch einige Bühnenbilder — sagt Konrad Düssel am

sichtlich im Laufe der Woche eine Konferenz mit dem Obersten Wirtschaftsrat anschließen.

Amsterdam, 4. Juni. Die „Times“ schreibt zur gestrigen Erklärung Lloyd Georges: Die Klasse ist endlich gefallen. Das englische Kabinet, und nicht der Oberste Rat der Allierten, ge-schiehen ein, daß es sich in direkten politischen Verhand-lungen mit der Sowjetregierung befindet. Wir wun-dern uns nicht. Im Januar und Februar war die Trumpfpartie Lloyd Georges vor dem Obersten Rat der Vertreter der nichtpoliti-schen kooperativen Bewegung in Rußland. An dessen Stelle hat Lenin jetzt Kraffin und andere gute Marginalen gesetzt. Unsere Re-gierung ist genau so bereit, mit der einen wie mit der anderen Schule zu verhandeln. Wird die französische Regierung und das französische Volk und gleiche „Gleichgültigkeit“ zeigen? Am Schluß des Artikels rät die „Times“ Lloyd George, die Verhandlungen fran-zösischer Staatsmänner in der Presse und in der französischen Kammer recht sorgfältig durchzuführen und sich zu überlegen, welchen Eindruck die Extradition mit dem Sowjetismus in Frankreich her-vorrufen dürfte.

„Daily Chronicle“ schreibt: Die englische Auffassung ist, daß der Gütertausch nicht nur beiden Teilen für den Augenblick förderlich sein soll, sondern auch der Gütererzeugung in der Zu-kunft zugute kommen muß. Die Ergebnisse werden aber viel-leicht nicht so schnell zu erreichen sein. Die englischen Minister und der Wirtschaftsrat müssen noch Sicherheiten haben, daß Kraffins Darlegung die nötigen Grundlagen besitzt. Es wird viel-leicht nötig sein, in wichtigen Plätzen wie Odessa, Riga und Kiew Unternehmungen vorzunehmen, um festzustellen, ob die Vor-räte vorhanden und wie groß sie sind.

Die litauische Verfassung.

Kopenhagen, 4. Juni. Nach einem Telegramm der „Berlingske Tidende“ aus Kowno hat die litauische Nationalver-sammlung gestern eine provisorische Verfassung an-genommen, die unter anderem folgende Hauptpunkte enthält:

Litauen ist eine demokratische Republik, die von einem von der Nationalversammlung gewählten Präsi-denten und einem Kabinet regiert wird, das der Nationalver-sammlung verantwortlich ist und deren Vertrauen genießt.

Alle Bürger ohne Rücksicht auf Geschlecht, Nationalität und Religion sind vor dem Gesetze gleich.

Die Verfassung enthält weiter Bestimmungen über Frey-, Ver-sammlung- und Religionsfreiheit, sowie über die Abschaffung der Todesstrafe.

Wird zur Wahl eines Präsidenten durch die Nationalver-sammlung übernimmt deren Präsident Sjuginski alle Pflichten eines Präsidenten. Der jetzt zurücktretende Präsident Smetana hat keine Aussichten für eine Wiederwahl.

Der belgische Diplomat Baron Gredin, dessen Bericht in den belgischen Reichstagsberichten einen breiten Raum einnehmen, ist in Rom gestorben. Er war einer der bekanntesten Diplomaten der Vorkriegszeit.

Der „Verband nationalgekantener Soldaten“ entsetzt gegen-wärtig in den Potsdamer Kasernen eine besonders rege Agitation. Wir waren unsere Genossen und Kameraden nachdrücklich, daß von den Werbungen dieses erzreaktionären und militaristischen Verbandes einzugehen zu lassen.

Sorgenkind Militarismus. Wie uns von durchaus zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, marschierte heute früh mindestens eine Kom-pagnie Reichswehr, an der Spitze ein Major und mehrere andere Offiziere, mit Weiden, Wagen und Maschinen-gewehren vom Lehrtr Bahnhof aus über Moabit nach der Siegesallee zu, wobei eine starke Militärkapelle vor der en-glischen Kommission „Deutschland, Deutschland über Alles“ spielte. Ein detailliertes Kulturteil wird besonders in vielen feierlicheren Tagen von der Bevölkerung als aufreizend und provozierend empfunden.

Beruhigungspulver. Um Mißdeutungen vorzubeugen, wird seitens des Reichswehrministeriums darauf hingewiesen, daß die Lehrtruppe Döberitz am Sonntag, den 5. Juni, in Verbindung mit Teilen der Garnison Potsdam einen Marsch und Besichtigung in größerem Rahmen abhalten wird.

Schlus eines Aufsatzes über Kunst und Volksbildung: Alle Kunst wendet sich an den einzelnen Menschen. Aber sie läßt ihn nicht vereinzelt. Sie schafft eine Atmosphäre gemeinsamen Lebens und bildet so das Fundament einer Gemeinlichkeit. Durch Erleben von Mensch zu Mensch. Am härtesten dann, wenn das künstlerische Er-lebnis auch räumlich und zeitlich gemeinsam empfunden wird. Und hier liegt auch die besondere Bedeutung der dramatischen Kunst, die ganz einzigartige Stellung, die der Bühne als einem Instru-ment der Volksbildung zukommt. Wenn die Menge, umhüllt von der Dunkelheit des Raums, den Vorgängen auf der Bühne folgt, dort Menschenfreude und Menschlichkeit und das Walten des Schick-sals erfährt, dann mag die edle Wärme des Geistes, der Aufbruch der gesteigerten Empfindungen, der belebende Strom der Begreif-ung gemeinsamem Erleben werden. Und es liegt eine wunder-bare Kraft und ethische Soufflation in dieser Gemeinlichkeit. Niemand hat dies schöner ausgedrückt als Schiller, der immer wieder als der große Zeuge angerufen werden muß, wenn die Kunst zu rechtserheben ist als Mittel der Volksbildung. Ich meine die Bühne, mit denen Schiller seine Abhandlung „Die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachtet“ schließt: „Wenn Menschen aus allen Kreisen und Jonen und Ständen, ahnlos jeder Fessel der Rän-derheit und der Mode, herauströmen aus jedem Drange des Schick-sals, durch eine allumfassende Empathie verdrängt, in ein Ge-schlecht wieder aufgelöst, ihre selbst und der Welt vergessen und ihrem himmlischen Ursprung sich nähern. Jeder einzelne genießt die Entzungen aller, die verhört und verhört und sich demert auf hundert Augen auf ihn zurückfallen, und seine Brust gibt nur einer Empfindung Raum — es ist dieser ein Mensch zu sein.“ Dem Menschen zu lauschen, den Menschen zu sich hinzuführen, dies ist im Grunde das Wesen aller Volksbildung. Sie können daher auch nie-mals getrennt sein: Volksbildung und Kunst.

Auch die „Jugend“ wird veranlaßt. Wenn sich die Nachrichten über den Verlauf der „Mündener Reiche Nachrichten“ aus dem Nachlaß der Familie Georg Dietz verhängen, waren kaum noch zu zweifeln, so würde damit auch das Schicksal der Mündener „Jugend“ beseitigt sein. Ihr Organisator, Georg Dietz, hätte dazu nie seine Zustimmung gegeben. Aber Zeitungen und Zeit-schriften sind ja — vergessen wir es nicht — Vermögensobjekte, mit denen die Erben machen, was ihnen der Profit gebietet.

Die Bildhauerin Anna Rabe, die eine dem Märkischen Museum benachbarte kleine Theodor Fontanes ist, ist 77 Jahre alt, geboren.

Schlosser zu Kellersweden. Die Schlosservereinsung Berliner bühnen Kändler betreibt einen Antrag, nicht den Namen von Schlossern für Kellersweden Kändler zur Verfügung zu stellen.

Ein Ruederer-Brunnen in München, dem Geburtsort des vor fünf Jahren verstorbenen Roman- und Dramendichters, aufgestellt worden. Ein Herr Oswald Beyer, hat der Brunnen-Inschriftung den Namen des Dichters gewählt. Die Brunneninschrift ist mit einer Tafelarbeit verbunden, die mit schwebelackmaligem Goldschmuck verziert ist und in der ersten Hand die Kändler-Inschrift verbergen soll. Ruederer's Witwe hat das ornamentale Werk der Stadt München geschenkt, die es nun in den Hofanlagen aufstellen ließ.

Die Mörder unserer Kinder.

Im Vertrauen auf die Vergeßlichkeit weiter Volkskreise leiern die Alldeutschen um Stresemann und Sergt tagtäglich das „Sündenregister“ der deutschen Regierung herunter, um zu beweisen, daß diese allein die Schuld an allem trägt, was sich an Elend und Unglück innerhalb der deutschen Grenzpläne auffindet. Vor keiner Lüge und Verleumdung scheuen sie zurück und je näher der Tag der Abrechnung heranrückt, desto gemeiner und niederträchtiger wird ihre Kampfweise. Die Gunst der Franken suchten sich diese Parteien besonders dadurch zu erwerben, daß sie ihnen in Flugblättern erklärten: „Wenn eure Kinder blüh und matt sind — das dankt ihr der weitsehenden Regierungslust der glorreichen deutschen Republik. Erst sie hat den Scharen der Auswanderer aus allen Himmelsrichtungen Tür und Tor geöffnet. Im Namen der Menschlichkeit!“

Wie steht es aber nun in Wirklichkeit aus? Wer trägt die Schuld an dem ungeheuren Massensterben deutscher Kinder, wer hat „den Scharen der Auswanderer aus allen Himmelsrichtungen Tür und Tor geöffnet“? Darüber gab Herr Stresemann in der Reichstagskammer vom 23. Oktober 1918 Auskunft. Er führte nämlich aus:

„Daß beispielsweise in den Tagen der Vergebung von Lieferungen durch das Kriegsministerium gerade im ersten Jahre des Krieges ein System befolgt ist, dem wir die Schieberwirtschaft in Deutschland und die Kriegsgewinnwirtschaft am allermeisten zu danken haben.“

Wer regierte im ersten Jahre des Krieges Deutschland? Nicht die Sozialdemokratie und ihre Mitarbeiter in der Regierung, sondern die Parteien um Stresemann und Sergt, die „Vaterpatrioten“, die Deutschland ins Elend gehetzt haben und es jetzt nicht gewesen sein wollen.

Wer trägt die Schuld daran, daß die deutsche Jugend „blüh und matt“ ist? Nach den Lügen der Rechtsparteien zu urteilen natürlich die Republik und ihre Regierung. Was lehren aber die Tatsachen? In dem Bericht, den die „Vereinigung für Kinderhilfe“ zu Berlin an den Internationalen Kongress für Kinderhilfe zu Genf im Februar d. J. richtete, lesen wir, daß sich unter den 3383900 Kindern der deutschen Großstädte 200633 tuberkulöse befanden. 835973 waren schwer unterernährt oder mit anderen Krankheiten behaftet, so daß insgesamt allein 1036006 Kinder als krank angesehen werden müssen. In Frankfurt a. M. fiel in der Zeit von 1916 bis 1919 das Durchschnittsgewicht der zehnjährigen Knaben von 28 auf 26 Kilo, das der dreizehnjährigen von 36 auf 32½, das der vierzehnjährigen von 41 auf 37 Kilo und dreizehnjährige Mädchen wogen statt 39 Kilo in normalen Zeiten durchschnittlich 35 Kilo.

Nach demselben Bericht wurden in Leipzig 8000, in Köln 10000, in Hamburg 13000, in Breslau 7000 und in Berlin ungefähr 30000 tuberkulöse Kinder gezählt.

Im Vergleich zum Jahre 1914 stieg die Sterblichkeit der Kinder von 1 bis 5 Jahren bis zum Jahre 1918 in Sassen um 25 Proz., in Lübeck um 30 Proz., in Sachsen-Meiningen um 24 Proz., in Anhalt um 26 Proz. und in Mecklenburg-Schwerin gar um 47 Proz. In derselben Zeit stieg die Sterblichkeit bei den fünf- bis zehnjährigen um 96 Proz. für ganz Preußen, um 124 Proz. in Sassen, um 128 Proz. für Mecklenburg-Schwerin und um 158 Proz. in Sassen-Altenburg.

Die Engländerin Miss Hobhouse erklärte, daß sich die Bevölkerung Leipzigs auf dem tiefsten Punkt des Elends, das selbst nach das Elend der Wiener Kinder übertrifft, befände. Sie fand Kinderkliniken, in denen man 1¼ Liter Milch täglich für 95 Kinder zur Verfügung hatte; in denen Wäsche und Seife völlig fehlten.

In der 115. Gemeindeschule von Berlin fand man von 650 Kindern

- 131, die keine Schuhe mehr besaßen (nur noch Holzschuhe),
142, ohne Mantel oder warmes Unterleidungsstück,
205, die keine Wäsche oder nur elende Lumpen besaßen,
378, bei denen es dabei keinen gebührenden Raum gab,
241, bei denen nie ein Tropfen Milch ins Haus kam,
100, deren Eltern nicht die dürftigen Lebensmittelrationen kaufen konnten,
115 tuberkulöse,
45 durch Unterernährung geistig zurückgebliebene,
50 außerordentlich schwache (sie wogen bis zu 10 Kilogramm unter der Norm),
25 Kinder starben im Laufe des Jahres an den Folgen der Entbehrung und Unterernährung.

In der kleinen Berliner Kirchengemeinde St. Marien wurden im Jahre 1913 115 und im Jahre 1918 225 Todesfälle gezählt, wozu noch die 50 im Felde gefallenen Männer kommen.

Die schon erwähnte Engländerin schreibt in ihrem Bericht:

„Will man genau ermessen, was Amerika für Oesterreich getan hat, dann muß man die deutschen Kinder sehen! Die Erinnerung an die Kinder, die wir gesehen, ist unvergesslich. Niemand kann sie beschreiben, mit ihren verkrüppelten Gliedern, ihren aufgeschwemmten oder ausgemergelten, rötlichen Körpern, ihren großschalen Gesichtern, — Kinder, zu schwach, um zu schreien, Kinder, die niemals lächeln.“

Der Bericht erstattende Verein für Kinderhilfe kommt zu dem Schluß, daß „ungefähr 2½ Millionen deutscher Kinder in den nächsten Jahren dem Untergang geweiht sind, wenn nicht so reich als möglich für eine bessere Ernährung gesorgt werden kann. Ungefähr sechs Millionen Kinder sind als ernstlich gefährdet zu betrachten, zum Teil haben sie schon schweren Gesundheitsstörungen erlitten.“

Angesichts dieser Zahlen und Tatsachen, die ausschließlich aus den Jahren 1914 bis 1918 stammen, wagen es die Mörder unserer Kinder, die in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sitzen, der Koalitions-

regierung die Schuld in die Schuhe zu schieben. Wahrlich, sie, die sich heute als die Wiederaufbauer Deutschlands bezeichnen, haben alle Ursache, ihr Verbrechen zu verbergen. Aber es wird ihnen nicht gelingen, ihre ungeheure Schuld aus dem Buche der Geschichte auszuschreiben. Das deutsche Volk wird nicht vergessen, daß die Alldeutschen den Krieg als „das einzige Heilmittel für frankelnde Völker“, als „die hehrste und heiligste Neuherung menschlichen Handelns“ gepriesen haben. Trotz aller Wahlplakate, trotz aller Lügen und Verleumdungen wird die deutsche Arbeiterklasse nicht vergessen, daß der Schriftleiter der „Alldeutschen Blätter“, F. Sonntag, im Oktoberheft 1915 des „Panther“ schrieb:

„Der Krieg ist und Alldeutschen nicht der große und blühende Fortschritt, sondern der sorgsame Erneuerer und Erhalter, der große Arzt und Heiler, der die Menschheit auf ihrem Wege zur Höherentwicklung begleitet.“

Und die „Tägliche Rundschau“, die heute ganze Nachrichten über die Regierung ausschüttet, schrieb am 12. November 1912:

„Soll die Götterdämmerung, die über der europäischen Rasse und Kultur nun schon so lange liegt, endlich weichen und dem Morgenlichte Platz machen, so dürfen namentlich wir Germanen

Wahlhilfe für den 6. Juni!

Alle Genossinnen und Genossen, die sich für den Wahltag, den 6. Juni, als Stimmzettelverteiler für die Landkreise Niederbarnim und Teltow zur Verfügung stellen wollen, werden dringend ersucht, sich sofort beim Bezirksverband Groß-Berlin, In den Felten 23, part., Zimmer 6,

Sekretariat Niederbarnim-Teltow

zu melden. Es kommen nur solche Genossinnen und Genossen in Betracht, die bisher von den örtlichen Stellen noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind. Parteigenossen! Helft alle mit, es geht um

die Sache des Proletariats.

Bezirksverband Groß-Berlin.

in dem Kriege nicht mehr unseren Verderber sehen, sondern wir müssen in ihm endlich wieder den Heilbringer, den Arzt erkennen, der zwar nicht allein und von allem Leibel des Leibes und der Seele erlösen kann, ohne den es aber absolut unmöglich ist.“

Das sind die Worte und Taten unserer „Krieg-bis-ans-Ende“-Politiker, die heute als „Deutschnationale“ und „Deutsche Volkspartei“ firmieren. Heute werben sie um die Gunst der deutschen Wähler, vor allem um die der Frauen, indem sie dem ganzen Volke den Himmel auf Erden versprechen.

Traut ihnen nicht, ihr Männer und Frauen! Denkt an die Jahre 1914 bis 1918! Wenn ihr diese Zeit, in der Blut und Eisen die Welt regierte, wieder herbeisehnt, — dann geht getrost eure Stimmen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.

Wollt ihr aber, daß endlich der Trümmerhaufen, den sie uns mit ihrem Krieg hinterlassen haben, hinweggeräumt wird, wollt ihr, daß eure Kinder wieder gesund werden und im schönsten Alter nicht wieder hinaus müssen auf die Schlachtfelder Europas, wollt ihr Völkerverständigung und Völkerfrieden, dann wählt am 6. Juni die Kandidaten der alten deutschen Sozialdemokratie!

Was am Wahltag zu beachten ist.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke

hat nach den deutschen Verhältnissen zu erfolgen. Kein Wahlbezirk soll mehr als 2500 Einwohner umfassen, er soll durch seine Größe auch sichern, daß das Wahlgeheimnis nicht beeinträchtigt werden kann.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Ernennung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, die Bestimmung des Wahlraums und der Wahlzeit sind in den Amtsblättern und mittels Plakatausschlag zu veröffentlichen.

Wann wird gewählt?

Von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Der Wahlvorstand.

Der Wahlvorsteher beruht 3 bis 6 Wähler seines Wahlbezirkes als Wähler und Schriftführer, wobei die Zugehörigkeit zu den in diesem Wahlkreise sich bewerbenden Parteien berücksichtigt werden muß. Falls Beisitzer nicht erscheinen, kann der Wahlvorsteher aus den anwesenden Wählern den Wahlvorstand ergänzen. Auch Wählerinnen können Mitglieder des Wahlvorstandes sein. Jeder Wähler und jede Wählerin ist zur Uebnahme der ehrenamtlichen Tätigkeit eines Mitgliedes des Wahlvorstandes verpflichtet. Eine Vergütung für diese Tätigkeit wird nicht geleistet.

Um die Öffentlichkeit der Wahlhandlung

zu gewährleisten, muß der Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt, so aufgestellt werden, daß er von allen Seiten zugänglich ist.

Die Wahlurne.

Ein verdecktes Gefäß, zum Einwerfen der Stimmzettel wird auf den Tisch gestellt, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt. Die Wahlurne muß mindestens 90 cm hoch sein und der Abstand von der gegenüberliegenden Wand muß mindestens 35 cm betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf und durch den die Umschläge mit dem Stimmzettel hindurchgeschoben werden müssen. In der Wahlurne (Protokoll) ist festzustellen, daß die Wahlurne den Anforderungen der Reichswahlordnung entspricht und bei Beginn der Wahlhandlung leer war. Vom Beginn der Wahlhandlung bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln, die erst nach Schluß der für die Wahl bestimmten Zeit erfolgen darf, darf die Wahlurne nicht geöffnet werden.

Das Geheimnis der Wahl.

Es muß Vorkehrungen getroffen werden, daß die Wählerinnen und die Wähler die Stimmzettel unbedacht in den Umschlag legen können.

Das Reichswahlgesetz, die Wahlordnung, wie die Bekanntmachung über die Wahl sind im Wahllokal aufzulegen.

Die Stimmzettel

müssen von weichem oder weichlichem Papiere sein, sie können auch aus Zeitungspapier gedruckt sein. Sie dürfen kein Kennzeichen tragen und sollen 12 Zentimeter breit und 9 Zentimeter hoch sein.

Die Umschläge,

die in erforderlicher Zahl bereitzubalten sind, müssen aus undurchsichtigem Papier gefertigt sein und sollen 15 Zentimeter breit und 12 Zentimeter hoch sein.

Im Wahlraum

dürfen Stimmzettel weder aufgelegt noch verteilt werden. Die von den Parteien übergebenen Stimmzettel sind am Eingang so aufzulegen, daß sie von den zur Stimmabgabe erscheinenden Wählern entnommen werden können.

Beginn der Wahlhandlung.

Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Schriftführer und die Beisitzer durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet und so den Wahlvorstand bildet.

Der Wahlvorstand

muß stets aus mindestens 3 Mitgliedern bestehen. Der Wahlvorsteher und der Schriftführer dürfen sich nicht gleichzeitig während der Wahlhandlung entfernen und sie müssen für Stellvertretung sorgen.

Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen, darf Störer der Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung aus dem Wahlraum entfernen oder durch die Polizei entfernen lassen; handelt es sich um einen im Bezirk Wahlberechtigten, so muß ihm die Möglichkeit gegeben werden, vorher seine Stimme abzugeben.

Wie wird gewählt?

Der Wahlvorsteher leitet die Wahl. Dem Wähler und der Wählerin muß ein abgestempelter Umschlag in der Nähe des Zugangs zu dem Nebenraum oder Nebenliste zur Verfügung gestellt werden, um den Stimmzettel in den Umschlag zu geben. Dann hat sich der Wähler oder die Wählerin an den Vorstandstisch zu begeben, seinen Namen und eventuell auch seine Wohnung anzugeben, dessen Eintragung in die Wählerliste festgestellt wird, worauf der Umschlag vom Wahlvorsteher oder seinem Stellvertreter uneröffnet in die Wahlurne zu legen ist. Beisitzer von Wahlkreisen müssen erforderlichenfalls die notwendigen Auskünfte über den rechtmäßigen Besitz des Wahlkreises abgeben.

Kontrolle der Stimmabgabe.

Der Schriftführer vermerkt die Stimmabgabe jedes Wählers neben dessen Namen in der Wählerliste.

Schluß der Wahlhandlung.

Nach 6 Uhr abends dürfen nur die Wähler und Wählerinnen zur Stimmabgabe zugelassen werden, die um 6 Uhr abends im Wahlraum schon anwesend waren. Hat der letzte im Wahlraum Anwesende abgestimmt, so werden die Umschläge aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt, und festgestellt, ob diese Zahl mit den Abstimmungsvermerken übereinstimmt.

Feststellung des Abstimmungsergebnisses.

Somitlich sofort nach dem Abschluß der Wahlhandlung ist das Abstimmungsergebnis festzustellen. Sollte das nicht möglich sein, so sind die uneröffneten Wahlvorschlüsse zu verheizen und aufzubewahren bis zu der spätestens am nächstfolgenden Tage zu erfolgenden Prüfung des Abstimmungsergebnisses.

Das Abstimmungsergebnis wird festgestellt, indem ein Beisitzer die Umschläge öffnet, die Stimmzettel herausnimmt, sie dem Wahlvorsteher übergibt, der sie laut vorliest und nebst den Umschlägen einem anderen Beisitzer zur Aufbewahrung bis zum Ende der Wahlhandlung übergibt.

Die den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechenden Stimmzettel, also die mit Kennzeichen versehenen, die nicht auf dem vorgeschriebenen Papier gedruckt, die nicht aus einem amtlich abgestempelten Umschlag zu entnehmen, die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt enthaltenden Wahlvorschlüsse, die Namen aus verheizen oder Verionen aus nicht öffentlich bekanntgegebenen Kreiswahlvorschlüssen anführen, sind ungültig. Ueber diese ungültigen Stimmzettel hat der Wahlvorstand Bescheid zu fassen und die ungültigen Stimmzettel zu verwahren und sie der Wahlmiederchrift beizufügen. Die Wahlmiederchrift ist möglichst rasch an den Kreiswahlleiter zu übermitteln.

Feststellung des Wahlergebnisses.

Der Kreiswahlleiter bestimmt Zeit und Ort der Sitzung zur Ermittlung des Wahlergebnisses. Die Verhandlungen des Wahlausschusses sind öffentlich.

Rekstimmen

werden dem Verbandswahlleiter, die etwa ferner übrig bleibenden Rekstimmen dem Reichswahlleiter zur Kenntnis gebracht.

Die Abgeordnetenliste

sind nach Ermittlung des Wahlergebnisses auf die einzelnen Kreiswahlvorschlüsse in der Reihenfolge der Wahlvorschlüsse zu verteilen. Sind in einem Wahlkreise 4000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden, so sind die ersten acht auf der sozialdemokratischen Kandidatenliste stehenden Bewerber und Bewerberinnen als gewählt zu bezeichnen und von der auf sie gefallenen Wahl durch den Kreiswahlleiter zu benachrichtigen. Er hat die Namen der für gewählt Erklärten sowie die Namen der Erstgewählten und die Zahl der überhaupt gültigen Stimmen und die Zahl der Stimmen, die im Wahlkreise unberücksichtigt geblieben sind und die dem Verbandswahlkreisleiter zur Kenntnis gebracht wurden, zu veröffentlichen.

Der Verbandswahlleiter

hat die Reste der in den zusammengehörigen Wahlkreisen für jede einzelne Partei verbliebenen Rekstimmen zusammenzuzählen und, falls diese 60000 für eine Partei betragen, den Bewerber der Partei aus dem Wahlkreise, in dem der größere Rest vorhanden war, als gewählt zu bezeichnen. Die bei dieser Zusammenstellung nachdem übrig bleibenden Reste sind für jede einzelne Partei getrennt dem

Reichswahlleiter

zur Kenntnis zu bringen, der dann festzustellen hat, wieviele Rekstimmen für jede einzelne Partei in ganz Deutschland übrig geblieben sind. Diese Zahl ist durch 60000 zu teilen und nach dem Ergebnis ist die entsprechende Anzahl von Kandidaten jeder Partei auf der Reichsliste entsprechend ihrer Reichentolge als gewählt zu erklären. Ein bei dieser Rechnung für eine Partei übrigbleibender Rest von 30000 oder mehr Stimmen hat den Reichswahlleiter zu veranlassen, den nächsten Bewerber oder die nächste Bewerberin auf der Reichswahlliste dieser Partei als gewählt zu erklären.

Jackett-Anzüge, Entawans, Paletots, Hosen, Kostüme, Mäntel, Leihhaus Moritzplatz 58a.

Männer! Frauen! Wählt nur unsere Liste!

Dieselbe enthält einzig wirkende gesetzlich geschützte Präparate.
„Pax“ - Wanzenlösd Radikal-Mittel in Flaschen 3,75, 5,50 und 8,25 M.
„Reyberol“ Nr. 1 gegen Krätze, Hautjucken, Hautausschläge etc. Flasche 7,- M.
„Reyberol“ Nr. 2 - Haarwasser - vertilgt sicher Kopfläuse und Brut, beseitigt Schuppen, Schuppen, Jucken der Kopfhaut. Flasche 5,- M.
„Mottenteufel“ Bester und sauberster Mottenschutz. Paket 30 Pfennig.
„Schuppenfrei“ - Antiseptisches Haarwasser - Für Haar und Kopfnerven.
 Schuppentrel - Kamille - Spez. für blondes und hellblondes Haar. Einheitspreis Fl. 8,75 M.
 Wir garantieren für sofortige Wirkung unserer Präparate!
 Zu haben in allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, direkt durch
Reyher & Behrens, Fabrik pharm., chem., techn. Präparate, Berlin S 59, Planufer 92b.

Alle Korbwaren und Korbmöbel



Metzner
Kinderwagen
Welthaus
 Andreasstr. 23, am Platz
 Brunnenstr. 95, Beusselstr. 67
 Leipzigerstr. 54
 Neukölln, Bergstr. 133
 Spandau, Charlottenstr. 24a

Stappentwagen, Metall-Geistellen

Berlin C. Wallstr. 13
Gardinen
 Gardinenhaus Bernhard Schwarz

Spezial-Arzt für Haut-, Horn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Hautleiden, Ausschlag, Herpes, Schwäche, Geiz, Lues, Amblyopia, Kornea, Blausinterne, im ersten und zweiten Kurinstitut von 9-1, 4-9, Sonnt. 9-11, Rosenhauer Platz.

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben
 in Blau, umarbeiten in schwarz, blau, braun, grün, Covertcoat in 8 Tagen.

Wenden, Umarbeiten, Umarbeiten

von Herren- u. Damen-Garderobe in 3 Tagen.

Sacko-Anzüge von 1375,- an. Orig.-Engl.-Stoff-Verkauf von 275 M. an.

Basch & Buczkowski
 Zentr. 7119 Friedrichstr. 68 I. Zentr. 7119

Kapitän - Hauttabak
 wieder vortrefflich in der früheren besten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen.
 C. Köcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22, K-St. 3861



Ich muß als Fachmann es bekunden:
Servus
 putzt Hochglanz in Sekunden!

Dieser gute Schuhputz ist überall zu haben.
 Chemische Werke Lubszynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Warnung!!
 Platin, Gold- und Silberbruch sowie Zahngebisse, Uhren, Brillanten usw. verkaufen Sie nicht, bevor Sie den richtigen Preis bei **H. Wiese, Wilhelmstraße 30** erfahren haben, denn der Weg ist sehr schmerzhaft für die höchsten Tagespreise.

Deutsch. u. franz. Cognac-Vorschnitt sowie Weinbrand-Vorschnitt
 in nur 1a. Qual. fassen in 1/2 Ltr. Flaschen, verpackt auf Wunsch zu den billigsten Tagespreisen abzugeben
Gebrüder Holl, Spirituosen
 Friedrichstr. 1512 Berlin SW 91, Planufer 12



Schuhhaus Berlowitz
 Münzstr. 24 Erste Etage
Herrenstiefel, Goodyear Welt 189,-

M. Schulmeister Dresdener Str. 4 BERLIN SO. Kottbuser Tor
Hosen Anzüge Sport-Paletots Ulster

Mag und Morib, diese Kinder müssen stets das Beste haben, um was reihen sie sich wohl? Alles reihet sich um Kaoli!

Kaoli
 bester flüssiger Metallputz
 überall zu haben.
 Chem. Werke Lubszynski & Co., Akt.-Ges., Berlin-Lichtenberg.

Alt-Eisen
 per Kilogramm 0,50 Mark. Sämtliche Altmetalle höchstzählend.
Fritz Behrens, Blumenstraße 71, Ecke Markussstraße.
Haarausfall
 wird überaus schnell geheilt und Neubehaarung erzielt durch „Königliche Heilmittel“, Perle für müde (Wohl) 6 bis 8 W. (Wundschilt Nr. 2) und mündl. Auskunft telefonisch. Königl. Hoflieferant „König“
Belle-Alliance-Platz 6A
 10-1 u. 4-7, Sonnt. 10-1 Uhr

Möbel
 jeder Art in großer Auswahl. 1-2 Stuben-Einrichtungen bunte Küchen und einzelne Möbel Kredit oder Bar
 bei kleiner An- und Abzahlung. Liefer frei Haus. Liefer auch auswärts.
Möbel-Groß
 Große Frankfurter Str. 141
 3 Min. vom S-Bahnhof, S-Bahnhofstr. 5, Eing. Kleeferstr. 3 Min. vom S-Bahnhof

Stoffe
 für elegante Herren-Anzüge, Damen-Kostüme Tuchlager
Koch & Seeland G.m.b.H., Gerickestr. 20-21.
 Antikenspeicher Berlin 51
 Getragene Kleider in Schatzkammer, Gold, Silber, weiß, Gebraucht, komplett 1800-1900, können preiswert in allen Farben.
Billige Anzüge
 Paletots, Hosen etc. kauft man in der „Goldenen 25“
 Bahnsir. 25, am Grob- 6546-8

Caramel
 Bitter

Jetzt kommt's los!

Das Publikum verlangt billige Preise hier sind sie!

| | | | |
|----------|------|-------|-------|
| Kleider: | 95.- | 95.- | 125.- |
| Blusen: | 22.- | 29.- | 35.- |
| Röcke: | 29.- | 39.- | 48.- |
| Kostüme: | 75.- | 90.- | 125.- |
| Mäntel: | 95.- | 125.- | 148.- |

C&A

Rösigstr. 33
 Um Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
 Beim Stettiner Bahnhof

Empfehlenswerte Neuerscheinungen!

ADOLF BRAUN:

Geldrevolution u. Arbeitslohn

Ein Beitrag zur Lehre von den gleitenden Löhnen. Jeden Arbeitnehmer und Arbeitgeber, jede Gewerkschaft und Behörde muß heute im Interesse unseres Wiederaufbaus die Frage: Streik oder gleitende Löhne? beschäftigen. Mk. **1,80**

POSTSEKRETÄR STEINKOPF:

Was muß der Beamte von der Besoldungsreform wissen?

Wichtig für jeden Beamten Mk. **2,40**

Frauenstimmen zu den Zeitfragen

Ein Buch, das jede Frau lesen sollte Mk. **2,75**

DR. RICHARD LOHMANN:

Die Arbeit im Elternbeirat

Ein Mann der praktischen Volksbildungsarbeit gibt hier die für jeden Elternbeirat unentbehrlichen Anregungen und Ratschläge Mk. **1,80**

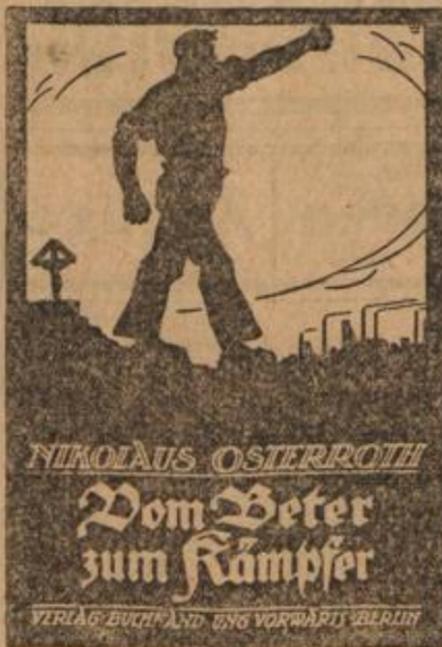
Die Verfassung des deutschen Reiches

nebst Reichstagswahlgesetz. Mk. **2,40**

FRITZ MÖLLER:

Die Kunst der freien Rede

Praktische und gründliche Anleitung zum Versammlungsredner nebst den wichtigsten Regeln aus d. Geschäftsordnung u. Vortragsmuster. Mk. **1,80**



Preis 7,20 Mark

Ernst und heitere, aber immer von frischem Sturmgeist, von köstlichem überquellenden Humor durchwehte Schilderungen einer Proletariatsjugend. Der durch seine famoseren Reden in der Nationalversammlung bekanntgewordene Verfasser erzählt hier von seinem eigenen Emporkämpfen aus geistiger Düsternis zum freien Menschentum, von zwerchfellerschütternden Lausbuben- und Jugendstreichen

FRIEDRICH STAMPFER:

Von Versailles zum Frieden

Nicht nur eine Kritik der übersichtlich gebotenen Vertragsbedingungen, sondern für uns und die anderen Völker ein Wegweiser vom Scheinfrieden zum wirklichen Frieden, ist dieses Buch, das durch die bevorstehende Zusammenkunft in Spa die größte Bedeutung erhält Mk. **4,80**

J. STEINER-JULLIEN:

Wilhelm Picard

Ein Roman für Freunde der Menschheit. In spannendster Entrollung eines tragisch. Einzelschicksals führt der Verfasser aus allen Elendstiefen empor zur lichten Höhe geschichtlichen Begreifens — zu sonnigen Ausblicken in eine harmonische Zukunft. Mk. **6,—**

HERMANN WENDEL:

Südslawien

Hochinteressante Reisebilder und Abhandlungen über den neuen S-H-S-Staat jenseits Donau und Save, eine reiche Entdeckungsfahrt in ein Land, das über kurz oder lang vielleicht unser Nachbar sein wird Mk. **5,40**

KAUTSKY:

Delbrück und Wilhelm II.

Ein Nachwort zu meinem Kriegstagebuch. Mk. **6,—**

BERNSTEIN:

Die Wahrheit über die Einkreisung Deutschlands

Mk. **4,80**

Buchhandlung Vorwärts * Berlin SW

Besuchen Sie unsere Verkaufsräume

Lindenstraße 2

Briefliche Bestellungen werden sofort erledigt

Groß-Berlin

Zur freundlichen Beachtung!

Um unsere Telefone für die Berichterstattung freizuhalten, bitten wir, in der Nacht zum Montag Anfragen an uns zu unterlassen und im Interesse der ungehinderten Arbeit auch von Besuchen abzusehen.

Die Redaktion.

Polizeipräsident und Wahl.

Der Berliner Polizeipräsident, Genosse Richter, gab uns auf unsere Anfrage, was geschehen sei, um die Wahlhandlung in Berlin zu sichern, folgende Antwort:

„Der bisherige Verlauf der Wahlbewegung in Groß-Berlin ist trotz aller Leidenschaftlichkeit, mit der der Wahlkampf geführt wird, ein so überzeugender Beweis von der politischen Reife der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung und zugleich ein Bekenntnis zur Demokratie, daß jeder Versuch, den Wahlkampf selbst zu führen, mit aller Bestimmtheit die gesamte Bevölkerung gegen sich vereint finden wird. Der von mir zu Beginn der Wahlbewegung eingeführte Versammlungszug wurde nur in ganz vereinzelten Fällen in Anspruch genommen. Die wachsende Erkenntnis der Massen, daß wahre Freiheit nur auf dem Boden der Ordnung gedeihen kann, ist mehr wert als der beste polizeiliche Schutz. Sollten trotz aller Voraussicht rabaukische Elemente Störungsvorhaben unternehmen, so steht den Wahlleitern polizeiliche Hilfe schnell und ausreichend zur Verfügung.“

An die 20- bis 25-jährigen Wähler!

Jugendgenossen! Viele unter euch haben im schweren Ringen an den Fronten des Krieges gestanden, haben gelitten, gebüht für die Weltinteressen der Siamesen, der Krupps und der Großagrarier, die daheim das Volk bis auf den letzten Heller ausgebeutet und die deutsche Wirtschaft zugrunde gerichtet haben. Ihr alle, die ihr den Krieg mit seinem wahnsinnigen Gemetzel als Soldaten miterlebt habt, wißt, daß ihr niemals die Parteien der Alldeutschen und Kriegshetze wählen dürft, die das deutsche Volk, die auch abermals hinausjagen möchten in das Toben der Schlachten, die euch von neuem zum Bruder mord aufbeugen wollen. Ihr könnt, ihr dürft das Erlebnis nie, niemals vergessen!

Aber auch ihr, die ein glühiger Stern vor dem Schild des Soldaten, des „gemeinen“ Soldaten bewahrt, werdet nimmer das Wollen der Kriegsparteien verantworten können, indem ihr am 6. Juni für sie stimmt. Ihr werdet aber auch keiner anderen bürgerlichen Partei eure Stimme geben können; ihr alle wißt, wie wenig es ihnen um eure Interessen zu tun ist. Haben sie jemals nach euren Talenten, nach eurer Begabung gefragt, wenn ihr, wenn eure Eltern trotz lebenslanger schwerer und ehrlicher Arbeit für eure Zukunft doch nur — trotz alledem — arme Schüler geblieben sind ihr Leben lang? Oder habt ihr es nicht erleben müssen, daß man von jener Seite euer Streben und Wollen verachte und dem reichen Efel den Vortzug gab? ...

Junglameraden! Rechts und auch links wirt man um eure Stimme. Besonders die Unabhängigen und Kommunisten mißbrauchen unsere jugendliche Begeisterung für ihre Parteiziele. Sie spekulieren auf unseren Idealismus, weil sie uns für dumm genug halten, auf ihre Schraffen hereinzuwollen. Mit unserer Hilfe wollen sie Stimmungsarbeiten erzeugen, weil die klar denkende Vernunft ihre Bestrebungen ablehnen muß. Jugendgenossen! Bedenkt auch, daß durchaus kein großer geistiger Fonds dazu gehört, sich immer den sich am radikalsten Gebärdenden anzugesellen.

Ihr jungen Wähler! Groß sind die Hindernisse gewesen, die die Nationsoberkommung zu überwinden hatte. Wenn es uns doch gelungen ist, wenigstens einigermaßen über die traurigen Zustände hinwegzukommen, die der verbrecherische Krieg zurückließ, so haben wir dies einzig und allein der mehrheitssozialistischen Partei zu verdanken. Sie war es, die auch in den letzten Stunden tag brachte, sie ist aber auch die einzige Partei, die in ihrem Programm die Forderungen der Jugend aufgenommen hat, die energisch unsere Rechte vertritt. Jeder junge wahlmündige arbeitende Mensch, ob Arbeiter, Beamte, Student — stellt sich mit all seinem Wollen und Fühlen an die Spitze des kämpfenden Proletariats, in die Reihen der stärksten sozialistischen Partei — und wählt die Liste der Sozialdemokratischen Partei! (S. P. D.)

Junge Sozialisten! Helft auch bei der Wahlarbeit, tragt den sozialistischen Gedanken der Gleichberechtigung und der Verbrüderung hinaus ins Volk!

Wer schafft Kartoffeln?

Ueber Berlin ist in den letzten Tagen eine Hochflut von Kartoffelendungen herangebrochen. Die Bevölkerung wird sich fragen, wo kommen auf einmal diese Kartoffeln her? Die ganz Schläuen werden natürlich jetzt, fünf Minuten vor den Wahlen, sagen, daß sie nicht der Fähigkeit der Regierung, sondern der Opferbereitschaft der Großagrarier zu verdanken. Wer das glaubt, ist auf einen großen Schwindel hereinzufallen. Wenn wir auf unsere Großagrarier warten wollten, dann wären wir längst alle miteinander ins Grab gesunken. Woher kommen also die Kartoffeln? Sie kommen aus dem Auslande. Die Polen, die sich schon seit langem zur Lieferung von größeren Kartoffelmengen verpflichtet hatten, kommen jetzt diesen Verpflichtungen nach. Dazu kommen richtige Zufuhren aus Schweden und Dänemark.

Wollt ihr, daß unsere Lebensmittelzufuhr weiter steigt, daß endlich die Lebensmittelprobleme verschwinden, dann sorgt dafür, daß ein Reichstag aus der Wahlurne entspringt, der eine starke demokratische Mehrheit hat, die weiter auf dem Wege der Verständigung die Feinde von gestern für Deutschland zu gewinnen sucht, die die Sicherheit des Landes gewährleisten und dem Auslande die Furcht gibt, daß endlich in Deutschland wieder Ruhe und Ordnung einkehren. Gelingt das, dann wird man in der Welt wieder Vertrauen zu uns fassen und Kredit eintäumen und uns Lebensmittel geben.

Wollt ihr das, dann gebt keine Stimme einer Partei, die den Kurs ganz gleich nach welcher Richtung will, sondern wählt nur die Partei, die auf dem seit dem 9. November begangenen Wege weiter schreitet zur Rettung des Volkes.

die Sozialdemokratie!

Der Wahlkampf.

Auf die Schlachtbank!

Dem schlechten Gedächtnis des „Vokal-Anzeigers“!

In leicht zu durchschauender Absicht wirt der „Berliner Vokal-Anzeiger“ seit mehreren Wochen um die Gunst der Angestellten. So brachte er erst vor einigen Tagen einen Artikel mit der Überschrift „Der Beamte soll weiter kämpfen“, in welchem er sich den Aufschwung gibt, als ob er gerade in erster Linie ein Vorkämpfer des Wirtskundentages für die Beamten sei. Wie scheinbar und heuchlerisch dieses Verhalten ist, das zeigt ein anderer Beamtenartikel des „Vokal-Anzeigers“, und zwar vom 2. September 1918, zu einer Zeit also, in der keine Wahlen vor der Tür standen und man also den Beamten kein wahres Gesicht zeigen konnte.

Unter der nicht sehr wohlwollend lautenden Überschrift „Unser Feind im eigenen Lande“ führt der „V.A.“ den beginnenden militärischen Zusammenbruch auf den Bureaokratismus im Lande und auf die allerdings überflüssigen zahllosen Kriegszustimmungen, Verfügungen usw. zurück. Obwohl er hierbei das von ihm selbst vertretene System kritisiert, läßt er es dabei noch nicht bewenden, sondern der Beamte, insbesondere aber der untere Beamte, bekommt noch ganz besonders eine ausgewählte. Das Schatzmacherblatt schreibt, man solle von den zahllosen Kriegszustimmungen alle bis auf hundert streichen, und fährt fort:

Die U. S. P. D.

scheint mit dem bereits in unserer heutigen Morgenausgabe angekündigten Plakatung schon in der letzten Nacht begonnen zu haben. In verschiedenen Stadtteilen sind unsere Plakate durch das Ueberleben von U. S. P. Betteln und Plakaten völlig zerstört worden. Wir warnen hiermit unsere Freunde vor diesem Schwindel. Männer und Frauen des arbeitenden Volkes! laßt Euch nicht irremachen,

wählt geschlossen sozialdemokratisch (S. P. D.)

„Von dem so frei werdenden Personal könnte die zweite Forderung erfüllt werden, nämlich die ausführenden kleinen Beamten und Beamtinnen bei ihrem Verkehr mit dem Publikum unter schärfste Aufsicht zu stellen... von dem dann noch verbleibenden Personal könnte eine stützende Armee aufgestellt werden. Sie könnten ihr Mäntel am Feinde läßt, die Heimat würde von Plagegeiern befreit, die Stimmung im Lande um 100 Prozent gehoben werden. Das wäre immerhin schon ein Erfolg.“

Wenn es also nach dem oben „V.A.“ gegangen wäre, so wäre die größte Mehrzahl unserer unteren Beamten nicht mehr am Leben! Der Militarismus, der gerade in den letzten Monaten des Weltkrieges seine höchsten Wesseln schlug und sich deutlich in dem kriegsältesten „Berliner Vokal-Anzeiger“ wieder spiegelt, hätte neue, ungezählte Opfer, und zwar aus den Reihen der unteren Beamten, gefordert. So sieht in Wahrheit die „Beamten-treue“ der Kreise, die sich um den schwerindustriellen „Vokal-Anzeiger“ gruppieren, aus. Die Schwerindustrie wollte die Beamten zur Schlachtbank führen.

Beamte, merkt euch das!

Keine Stimme der Reaktion!

Jede Stimme der Sozialdemokratie!

Was ist Reaktion?

Die „Tägliche Rundschau“ wird philologisch und geht auf den lateinischen Ursprung des Wortes zurück: reagieren = zurückwirken, gegenwirken. Und sie schlägt ihre Betrachtungen wörtlich mit folgender Feststellung:

„Reaktion kann also etwas sehr Natürliches und durchaus Berechtigtes sein, kann Gesundheit, kann Fortschritt bedeuten.“

Kann das aber die Reaktion, wie der politische Sprachgebrauch das Wort auffaßt, etwas ganz anderes, und gerade das Umgekehrte ist, gibt die „Tägliche Rundschau“ indirekt selber zu. Sonst würde sie schreiben: Reaktion ist etwas durchaus Berechtigtes, bedeutet Gesundheit und Fortschritt!

Kein Wahlrecht für Hausangestellte!

In unserer Montagsausgabe vom 31. Mai brachten wir unter der Rubrik „Der Wahlkampf“ ein kleines Stimmungsbild über die Verstein-Berksammlung in Cöpenick. Darin waren die Ausführungen eines U.S.P.-D.-Redners Max Kette besonders gekennzeichnet, weil er behauptete, daß sogar auch die Dienstmädchen das Wahlrecht hätten und so Einfluß auf die Gestaltung der Republik hätten. In einer längeren Zuschrift an und bewahrt sich nun Herr Kette, daß er Mißliebiger des Alltagschusses sei, wovon wir im Interesse seiner Genossen gern Kenntnis nehmen.

Was er aber dann über das Wahlrecht schreibt, ist für einen Arbeiter und Angestellten noch weit beschämender, als was wir in unserem ersten Bericht sagten. Herr Kette will auch nach seiner Zuschrift gefogt haben, daß die Arbeiterschaft wegen der entgegenstehenden Tendenzen des Kapitalismus und der Volksverbannung niemals zum Ziel gelangt, wenn sie die Entscheidung über den Sozialismus, nachdem sie die Macht erobert hat — was doch am 9. November der Fall war —, in die Hände von politisch vollständig indifferenten und urteilslosen oder der Arbeiterschaft von vornherein feindlich gegenüberstehenden Männern und Frauen legt, ohne sie vorher gründlich über das Wesen des Sozialismus aufgeklärt zu haben. Als Beispiel will er dann die Dienstmädchen,

auch die „männlichen“, angeführt haben, die am Wahltag noch nicht wissen, welches der „täglige“ Stimmzettel ist. Der bisherige Verlauf der Revolution hat die Auffassung ins Recht gesetzt, daß man erst aufklären muß, ehe man wählen läßt, wenn man nicht an die Wand gedrückt werden will. Das ist dann aber allerdings Diktatur des Proletariats!

Diese Auffassung eröffnet böse Aussichten und wirft ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnismenheit und Unklarheit in menschlichen Köpfen. Sie wagen es nicht, sich offen als Gegner des von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten angeführten gleichen Wahlrechts zu bekennen, und deshalb wollen sie die Möglichkeit der Ausübung des Wahlrechts — ein wenig hinausschieben. Fragt man sie, auf wie lange Zeit, so mühten sie als ehrliche und logisch denkende Menschen antworten: So lange, bis auch der letzte Deutsche sozialistisch — und natürlich unabhängig-sozialistisch — wählt. Wodurch die ganze Theorie glänzend ad absurdum geführt wird! Ferner ist diese Auffassung eine schwere Beleidigung für die breiten arbeitenden Massen des Volks, die man der Indifferenz und der politischen Unreife zeugt. Deshalb gibt es für sämtliche Angehörige der arbeitenden Klassen, zu denen auch in erster Linie die Hausangestellten gehören, nur eine Möglichkeit der Wahl:

Gibt eure Stimme der Sozialdemokratie!

Es geht auch anders!

In Plättenberg fand gestern im Cäcilien-Gymnasium eine öffentliche, gut besuchte Wahlversammlung statt, in der Gen. Dr. Stricker über das Thema sprach: Warum wählen wir sozialdemokratisch? Er verbandete mit kurzen sachlichen Argumenten die Politik der Partei und zeigte, was noch zu tun ist, um die Arbeiterklasse für die Uebernahme der Macht reif zu machen, daß ohne bestimmtes Maß politischen Könnens und praktischer Erfahrung in leitender und verantwortlicher Arbeit ein wirtschaftlicher Aufbau im Sinne des Sozialismus nicht denkbar sei. Eingehend beschäftigte er sich in einer objektiven Kritik mit dem „Käsestern“, seinen bestehenden und sich abzeichnenden Vorzügen und seinen praktischen Unzulänglichkeiten. In der Diskussion verhielten die Gegner auf eine Kritik. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß seit dem 9. November 1918 wieder die erste Versammlung stattgefunden hätte, die einen störungslosen, von höchstem Interesse der Besucher gegangenen Verlauf nahm. Ein begeistert aufgenommenes Hoch beendete die Versammlung. Es geht auch anders, selbst in Plättenberg!

Wahlversammlung in Potsdam. Mit einer glänzenden Versammlung haben die Potsdamer Genossen am Donnerstagabend den Wahlkampf beendet. Der preußische Finanzminister, Genosse Lüdeman, referierte vor überfülltem Saale des „König Platz“ und er verbandete, nicht nur seine Parteigenossen, sondern auch die anwesenden Gegner und vor allen Dingen die Beamten mitzureisen und zu überzeugen, daß nur die Sozialdemokratische Partei diejenige ist, welche durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen hat, daß sie nicht nur die Interessen der werktätigen Bevölkerung, ganz gleich ob Kopf- oder Handarbeiter, schützlich vertritt, sondern welche durch ihre bisherige Mitarbeit am Wiederaufbau des durch den Krieg in den Abgrund getriebenen Volkes auch gezeigt hat, daß sie fähig ist, praktische Arbeit zu leisten. Wenn diese Versammlung als ein Vorzeichen für die Wahl am 6. Juni gewertet werden darf, dann wird dieser Tag in Potsdam, der Hochburg der Reaktion, ein Tag der Abrechnung mit den rechtsstehenden Parteien werden. Aus den Unabhängigen wurde gefogt, was ihnen gelogt werden mußte. Sie haben bisher nicht den Beweis erbracht, praktische Arbeit leisten zu können. Post könnte man wünschen, daß gerade sie in einer beträchtlichen Stärke aus dieser Wahl hervorzugehen würden, damit sie gezwungen sind, den bisher schuldig gebliebenen Beweis abzulegen. Also frohen Mutes an die letzte Arbeit! Stelle sich zur Wahlarbeit am Wahltag jeder zur Verfügung, helfe er mit beitragen zum Erfolge, der in Potsdam nicht ausbleiben darf und wird, wenn alle sich regen und heranziehen, was heranzubolen ist. Helfer und Helferinnen mögen sich sofort, soweit sie noch nicht geblieben, beim Genossen Dörig in der Wolfenbü. 24, oder im Lokal Eder, Lindenstr. 20, melden.

Ein marxistischer Schloß. Einen eigenartigen Verlauf nahm eine öffentliche Versammlung, zu der die Ortsgruppe der S. P. D. in Rowanow am Mittwoch, den 2. Juni, im Restaurant „Vollgarten“ (Zuh. Köppen) eingeladen hatte. Genosse Wiffell sollte hier einen Vortrag halten. Der große Saal war überfüllt. Der Redner aber erschien nicht! Warum? Wir wüßten gerne feststellen werden, daß ein großer Unbekannter beim Bezirksvorstande die Versammlung telephonisch abbestellt hatte. Genosse Wiffell, der nach einer telephonischen Verständigung in bereitwilliger Weise demnach mit mehrstündiger Verspätung aus Trepow herbeikam, konnte trotzdem nicht mehr zu Worte kommen. Genosse Cohn hatte inzwischen einen recht wichtigen Anberuf über die Lage und die Bedeutung des Wahlausfalls gegeben, und seinen Ausführungen waren zwei Redner, Keumann von den Unabhängigen und Wiffell von den Kommunisten in sachlicher Weise entgegengetreten. Als man nun endlich dem Genossen Wiffell das Wort erteilen wollte, verhielten sich die Unabhängigen, die absolut noch einen zweiten Diskussionsredner, der nichts weiter brachte, als was Keumann vorher schon breit ausgeführt, und sich in lächerlicher Weisheitsweisheit besser schrie, hören wollen. Da nun jede Sachlichkeit ein Ende nahm, entfernten sich mit Wiffell die ruhigen und rechtlich denkenden Teilnehmer der Versammlung. Der allgemeine Eindruck war der, daß das kindische Betragen der Unabhängigen eine moralische Schlappe eingetragen hat.

Weshalb sie ins Parlament gehen. Die S. P. D. hatte gestern abend eine öffentliche Wahlversammlung in den Treptower Konfektionsfabriken einberufen. Die Versammlung war schwach besucht, im Gegensatz zu einer Wählerversammlung im Dezember 1918, welche überfüllt war und sich für den Volkswissenschaften ausgesprochen hatte. Die ganze U.S.P. bekam merkwürdige Wahrheiten zu hören. Der Redner behauptete, daß Emil Barth gefogt habe: „Ich möchte Euch auf den Knien bitten, nicht wieder in die Petrische.“ Gerade die U. S. P. D. hat die Arbeiter in das alte kapitalistische Joch gefogt. Ins Parlament geht die S. P. D. nur, um den Arbeitern zu zeigen, daß sie gegen das Parlament sei. Der Redner schloß weiter, daß die Partei von Tag zu Tag links (stimmt gar nicht!) Die Red. und wir die Lebensmittelpreise nicht mehr bezahlen können. Er verogt aber zu sagen, wodurch dies geschieht: nämlich durch die Utlaxeerei von links sowie von rechts. Natürlich sprach sich der Redner für die Diktatur des Proletariats aus.

Sport.

Spalla gegen Koblenz! Näher dem bereits militärischen Vorkampf Koblenz-Kanjols kriecht die lährige Nationale Vereinigung zur Förderung des Vorkampfes am 16. Juni im Circus Quich noch den italienischen Schwergewichtsmecher Gaipepe Spalla

gegen Hugo Kobzuba. Spalla hat wirklich internationalen Ruf, konnte er doch sogar im März dieses Jahres den belgischen Schwergewichtsmecher Vandervers, den belannten händigen Triatlonparatier Carpentiers, schon in 4 Runden 1.0. ablegen. Sein Gegner Kobzuba, auf den wir noch zurückkommen, weist in diesem Jahre nur Siege auf. Kobzuba trainiert schon seit 4 Wochen in seinem eigenen Trainingsquartier Tegelort für diesen Kampf.

Nichts geschehen?

Ein letztes Wort an scheinrevolutionäre Worthelden.

Mit Worten läßt sich die Welt in fünf Minuten umkrempeln. Ehe ein anderer die Hand umdreht, hat so ein echter Wortrevolutionär alles umgestaltet. Kein Stein bleibt auf dem andern. Er will es, er sagt es und damit ist es fertig. Wie in der Bibel: „Es werde Licht, und es ward Licht.“

Hand anlegen? Mitarbeiten? Wo so ein langweiliges Gesetz so viele Paragrafen hat und deshalb zum Nachdenken zwingt? Nein, das ist nicht revolutionär. Fordern! Schreien! Das ist's, worauf es ankommt. Damit läßt sich am besten beweisen, wer es ehrlich meint, zumal sich dabei auch keine Fehler machen lassen. Auf's Ganze kommt es an.

Der Achtstundentag?

Eine ganz altmodische Sache. Wer spricht noch davon. Warum auch. Jetzt, wo wir ihn haben, zeigt es sich, daß die Alten dumm genug waren, dreißig Jahre lang um nichts zu demonstrieren. Denn in Wirklichkeit ist der Achtstundentag nichts.

Die allgemeine Sonntagsruhe

soll etwas sein? Doch ich nicht lache. Ich ruhe, wenn ich will und pfeife auf den Sonntag. Zumal die neue Regierung schwächlicher Weise versäumt, stets für gutes Wetter zu sorgen.

Ueber die Erwerbslosenfürsorge

Ist erst recht wenig zu reden. Jeder, der im Arbeitslosenrat die Arbeitslosigkeit zum Beruf gemacht hat, kann hier Besseres schaffen, da die junge Republik im Golde nur so herumplätschert und bloß nichts herausgeben will.

Was habt ihr noch getan?

Die Tarifverträge

habt ihr auf feste Grundlagen gestellt? Das einzugesehen habt ihr den Mut, ihr Verräter? Tarifverträge unterwühlen den Klassenkampf. Weg damit und die Faust auf den Tisch, ihr Vongzen!

Das Koalitionsrecht

ist durch die Verfassung geschützt. Stimmt. Jeder darf sich jetzt in Verbänden zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenschließen mit seinesgleichen. Was beweist das? Daß ihr die Ausbeutung verewigen wollt. Nur Ausgebeutete brauchen das Koalitionsrecht. Weg damit!

Die Gefindeordnungen sind abgeschafft,

ja, aber das Gefinde ist noch da und das hat nun keine Ordnung mehr. Dafür habt ihr eine

Landarbeitsordnung

geschaffen. Ordnung, Ordnung, überall Ordnung. Ihr Ordnungsbanditen. Glaubt ihr, der Landarbeiter will Ordnung?

Die Ausnahmegefetze für Landarbeit.

habt ihr auch nur abgeschafft, um bei der Landbevölkerung kein revolutionäres Feuer aufkommen zu lassen. Überall verrätet ihr die Revolution. Wer soll noch Ketten sprengen, wenn sie ihm abgenommen werden. Einullen wollt ihr das Volk!

Beim Siedlungsrecht,

das ihr geschaffen habt, sieht man es recht deutlich. Ansteden sollen sich die Leute, sagt lieber verumpfen sollen sie. Wo sind denn übrigens die Siedlungen? Welche Kreise laßt ihr vergeblich darauf warten. Ein gutes Jahr ist verstrichen und überall nur erst Anfänge. Ihr Vertreter. Her mit den Siedlungen, und zwar sofort!!

Der Wohnungsnot in den Städten

wollt ihr mit den Verordnungen zu Deibe, in denen ihr Höchstgrenzen für Mieten festlegt? Also soll die Miete so hoch wie möglich werden? Niedrigstgrenzen sind festzusetzen. Macht nur so weiter. Bald seht ihr alle Hauswirte im deutschen Lager.

Nichts ist geschehen. Der Wortrevolutionär sieht nichts. Er berauscht sich an seinen Redensarten, macht große Gesten, schwohndroniert über „Formal“demokratie und Diktatur des Proletariats, wenn er auch nicht sagen kann, was er darunter versteht. Er reißt alles herunter. Sonst tut er nichts.

Leider ist auch die Not und das Elend so groß, daß vielen gar nicht zum Bewußtsein kommt, was alles seit der Revolution erreicht worden ist. Fast all die sozialistischen Forderungen sind erfüllt, für die wir seit Jahrzehnten am 1. Mai demonstrierten, und der zweite Teil des Erfurter Programms ist kaum noch den Abdruck wert, weil auch er zu größten Teil erfüllt ist.

Vieles ist erreicht.

Dem Arbeiter hat der neue Kurs eine ganz andere Stellung im Wirtschaftsleben gegeben.

Das Betriebsrätegesetz,

das viel verlästerte, ist trotz seiner Mängel ein großer Schritt vorwärts. Es beilegt das Hausbesitzrecht des Unternehmers im Betrieb. Die Arbeiter sollen sich das neue Recht nur nicht vereweln lassen. Darauf kommt es an, was die Arbeiter aus dem Gesetz machen.

Die Schlichtungsausschüsse

haben schon viele Mängel des Arbeitsrechts ausgeglichen.

Die Arbeitsnachweise

sind ausgestaltet, die Meldepflicht der Arbeitgeber ist eingeführt.

Das weitestgehende Gebiet der Arbeiterversicherung ist beachtenswert umgestaltet.

Die Invaliden-, Alters- und Waisenrenten

sind durch die Zulagen zum Teil um mehr als das Doppelte erhöht worden. Kein Mensch bestreitet, daß die Renten auch jetzt noch zu niedrig sind, aber die Erhöhung ist trotzdem weit über die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Landesversicherungsanstalten hinausgegangen.

Die Unfallrenten sind erhöht worden.

Die Wöchnerinnenfürsorge

ist so verallgemeinert, daß kaum eine Wöchnerin ohne Unterstützung bleibt.

Die Grundlöhne bei der Krankenversicherung sind erhöht, wodurch die Möglichkeit geschaffen ist,

Höheres Krankengeld

gewähren zu können.

Für die Kriegsbefähigten

und ihre Hinterbliebenen ist durch das Reichsversorgungsgesetz gesorgt worden.

Die Einstellung der Schwerbeschädigten

ist gesetzlich geregelt worden.

Die Zahl der sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen, die im letzten Jahre erschienen sind, ist so groß, daß ihre Nennung hier gar nicht angeht. Es konnte nur das hauptsächlichste genannt werden.

Vieles bleibt noch zu tun,

in einem Jahre kann nicht alles erreicht werden, was notwendig ist. Es konnte alles gewissermaßen nur aus dem größten herausgearbeitet werden.

Notwendig ist die Neugestaltung des Arbeitsrechts. Das Nebeneinander der vielen den Arbeitsvertrag regelnden Gesetze muß beseitigt werden. Schlichtungswesen und Arbeitsnachweise sind auf großzügiger Grundlage aufzubauen, die Erwerbslosenfürsorge muß verallgemeinert werden.

Bezirksarbeiterräte und Reichsarbeitererrat

sind zu schaffen, wie auch Bezirkswirtschaftsräte und Reichswirtschaftsrat dem Arbeiter größeren Einfluß bei der Gestaltung des Wirtschaftslebens zu geben haben.

Der Arbeiterschutz ist auszubauen und eine vollständig neue Gestalt hat die

Arbeiter- und Angestelltenversicherung

zu bekommen.

Die

Jugendfürsorge

ist reichsgegliedert zu regeln.

Wir stehen nicht selbstzufrieden mit der Hand in der Tasche, um das Gezeichnete als ein fertiges Werk zu bewundern. Wir sehen die Mängel auch. Und wir wollen an ihrer Abstellung arbeiten.

Das geschieht nicht mit Schlagworten, wie „Diktatur des Proletariats“, „alle Macht den Arbeiterräten“. Damit ist nicht nur nichts gesagt, sondern erst recht nichts getan.

Die sozialdemokratische Partei

hat ihre Aufgabe darin gesehen, an der Neugestaltung unserer sozialen Rechts positiv mitzuwirken. Ihr, ihr allein ist es zu danken, daß wir vorwärts gekommen sind.

Sie muß stärker werden,

wenn der Arbeiter auf Erfüllung seiner berechtigten Forderungen rechnen will.

Am 6. Juni

wählt daher jeder Arbeiter nur die Kandidaten der alten Sozialdemokratischen Partei.

Wirtschaft

Wiederbelebung der Schuhwarenindustrie.

Die die „Germania“ mittels, steht das Reichsarbeitsministerium mit der Pirmasenser Schuhwaren-Industrie in Verhandlung, um eine Wiederaufnahme des Betriebes in einem Teil der geschlossenen Schuhwarenfabriken herbeizuführen. Es wird daran gedacht, aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge Darlehen zu gewähren, die in ihrer Höhe nach der Ersparnis an Erwerbslosenfürsorge bemessen werden. Die Preise für die Schuhwaren, die auf diesem Wege hergestellt werden, sollen sich in einer Höhe halten, die sie auch für die minder bemittelte Bevölkerung erträglich erscheinen läßt. Davon wird zugleich eine günstige Einwirkung auf die Haltung des Schuhwarenhandels erwartet, der sich gegenwärtig vielfach noch nicht zu dem notwendigen Abbau der Preise entschließen konnte.

Solange es nicht gelingt, die Produktion unter eine sachverständige, die volkswirtschaftlichen Interessen schützende Kontrolle zu stellen, damit das Leder vorerst zur Deckung des Massenbedarfs Verwendung findet, werden die Arbeiterschaft und die Volksgemeinschaft bei allen neuen Anissen wieder die Leidtragenden sein. Es geht eben nicht, daß jeder einzelne Unternehmer mit dem „Geschäftsgeheimnis“ produziert, also der eine von dem anderen nicht weiß, was auf dem Markt gebracht wird. Schafft Produktionsgemeinschaften, schafft eine organisierte Wirtschaft, dann allein kann es besser werden.

Errichtung amerikanischer Fabriken in Deutschland. Dem Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverband wird von seinem Vertrauensmann in New York berichtet, daß die Rational Cash Register Company sofort den Bau einer großen Fabrik in Deutschland plant, um dadurch den europäischen Markt mit ihren Kassen zu versorgen. Auch verschiedene andere amerikanische Großfirmen beschäftigen den Bau von Fabriken in Deutschland.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Carl Kuttner, Fernmeldeamt für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Betriebs-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 1, Ecke 1. Sillgasse.



Ich wähle

J.F. ASSMANN
ERNST LADEWIG
OTTO REICHELT
BUTTERH. UNION
BUTTERH. LORELEY



KAFFEE

TÄGLICH FRISCH
AUS EIGENEN ELEKTR. RÖSTEREIEN

143
FILIALEN
IN GROSS-BERLIN,
LAGER-UNDBÜROPLÄTZE
SCHLESISCHE STRASSE // NR. 28.